

## Die Vorgänge in Frankreich.

Der Londoner „Olivier“ bringt neue Enthüllungen zur Dreifusangelegenheit, denen eine Einleitung vorangeschickt ist, die sich darüber verbreitet, daß der Kassationshof nicht die Macht habe, seine Entscheidungen zur Ausführung zu bringen, wenn sie den Ansichten der Regierung und ihrer Vertreter, zum Beispiel des General-Adjutorsats von Paris oder des Polizeipräfekten, entgegen seien. Darum könne auch der Kriegsrat nicht ablehnen, den „geheimen Dossier“ zuzulassen, und so werde auch trotz Kassationshof der Feldzug gegen Picquart weitergeführt. Erst dieser im Besitz von Geheimnissen sei, welche die Ehre von zehn der einflussreichsten Generale bestreiten. Picquart müßte deshalb im Schweigen gebracht werden und Esterhazy habe man mit dem Nötigen versehen, damit er den Rest seines Lebens in einem fernen Lande verbringen könne. Damit sei das Geheimnis der noch nicht begraben, noch andere wüßten davon, z. B. Dupuy und Freycinet. Der mit einer unterzeichneten Artikel selbst beginnt mit dem „geheimen Dossier“, dessen Inhalt etwa fünfzig hohen Offizieren und Ministern bekannt ist. Dieser Inhalt bestche erstens aus dem gesuchten Beweise, daß Dreifus, seit er die Kriegsschule verlassen, immer als Verräther betrachtet gewesen sei, zweitens aus Photographien von Briefen des deutschen Kaisers mit angeblichen Beweisen ihrer Echtheit, drittens einem vollständigen Konzentrationsplan des fünfzehnten und sechzehnten deutschen Armeekorps, den der Generalstab, als von einem Attachee herrührend, in einen theuren Preis kaufte, viertens Kopien von angeblichen verächtlichen Mittheilungen, die Dreifus an fremde Mächte gemacht haben, fünftens Notizen über Geldsummen, die für diese Dokumente bezahlt seien. Der Artikel stellt ferner mit, daß das Nachrichtenbureau 100 000 Franks monatlich an geheimen Fonds zur Verfügung hätte, daß mit den Zulässigen des Ministeriums des Aeußern und des Innern diese Summe sich bisweilen auf 100 000 Franks monatlich beliefe. Der Artikel erinnert auch daran, daß Boulanger mit darum verurtheilt wurde, weil er einen Theil dieser Fonds zu einer Propaganda verwendete. Nun wirft der Verfasser die Frage auf, welcher Gebrauch ist mit Boulangers Zeit mit diesen Fonds gemacht worden? Sechs Millionen sind in weniger als vier Jahren ausgegeben, wer hat sie erhalten? Der Artikel sagt, daß Picquart, der jetzt in strenger Haft gehalten werde, habe mehrere Monate hindurch seine Gelder ansbezahlt, vielleicht habe er sich geweigert, weiterhin für wertlose Papierstücke hohe Summen zu bezahlen. Picquart könne sich Solbat nicht reden, da er Staatsgeheimnisse verrathen würde, doch habe ein anderer für ihn gesprochen, nämlich Judet, der am 16. September in „Petit Journal“ schrieb: Willots Milde gegenüber dem Angeklagten Picquart hatte gewisse Motive, die genügen, das Ministerium zu überzeugen, daß, ohne Entschiedenheit oder Willen zu zeigen, den Schlamm dahinfließen lasse. Der Artikel weist darauf hin, daß einer der Richter Picquarts im Kriegsgericht Chanoinne sei wird, der Willot seine Ernennung zum Richter veranlaßt. Chanoinne sei ausgewählt, weil die übrigen Richter zu beeinflusst. Zuründen von Willot zum Militärgouverneur von Paris ernannt. Zuründen Entschlossenheit, Picquart vor das Kriegsgericht zu bringen, könne man seiner Dankbarkeit gegen Willot zuschreiben. Willot selbst habe offenbar viele Gründe, zu erörtern, daß Picquart über die geheimen Fonds spricht. Der Artikel sagt wörtlich fort: Es ist nicht die Dreifusangelegenheit, die den Generalstab daran hindert, den „geheimen Dossier“ auszuhandeln, es ist die Furcht, daß seine bekannt werde, welcher Gebrauch mit dem Gelde gemacht wurde, das das Nachrichtenbureau zur Verfügung hatte. Es sollte Picquart, obwohl das Amtsgeheimnis ihn bindet, erlaubt werden, zu fragen, wem General er 8000 Franks monatlich ansbezahlt? Zuletzt erwähnt der Artikel noch, daß Esterhazy in seiner polizeilich mittheilt, er selbst habe jenen „dixi“ unterzeichneten Artikel der „Vieille Parole“ überlassen und dem Präsidenten des Conseil enquete den Namen des Verfassers genannt. Dieser Name ist der des Generals de Boisdesse. Ist! So schließt der Artikel, wobei die letzten der Worte eine besondere Zeile bilden, womit angezeigt wird, daß der ganze Artikel auf einer unbedingten Boisdesse hinausläuft.

Der Kassationshof setzte gestern noch die Vernehmung Picquart's fort und vernahm sodann General Gallifet.

Der Plan des Generalstabs, Picquart vor dem Endurtheil des Kassationshofes in der Dreifus-Affäre zu verurtheilen und zu begraben, ist kläglich gescheitert. Der Kassationshof hat den von Seiten Picquart's angeregten Kompetenzstreit erst Ende Dezember in Berathung gezogen; vorher kam natürlich von dem Picquart's noch keine Rede sein. Die Generalstabspreße wüthend. Großes Aufsehen erregt das Gelingen des ehemaligen Hofkuchens in Berlin zu Gunsten Picquart's; Herbedette proklamiert auch die Schuld Dreifus'.

Dupuy versichert, ein unglückseliges Schicksal abzuwenden, wiederum befreundeten Senatoren, daß die Regierung Alles aufbiete, um Picquart Gerechtigkeit zu verbürgen; Freycinet arbeitet seine Anhänger in gleichem Sinne.

Im Senat verlas gestern der Senator Morel seinen Bericht über den Antrag Walbed-Rouffeau, in welchem empfohlen wird, diesen Antrag, welcher dem Kassationshof das Recht streitig macht, die Verurteilung aller Strafbestimmungen zu verfügen, welche einer eingetragenen Revision Sündensprüche bereiten könnten, in Eingangs zu ziehen. Morel beantragt die Dringlichkeit. (Beifall und Protestrufe.) Marce bekräftigt die Dringlichkeit. Walbed-Rouffeau erklärt, sein Antrag sei durchaus nicht revolutionär und bezwecke nichts Außergewöhnliches, derselbe solle lediglich die gerichtlichen Befugnisse festlegen und endgültig feststellen. (Beifall.) Wisseil erklärt dem Senate vor, daß er sich so viel mit dem Artikel beschäftige. Der Redner fordert Achtung der Aufsicht und befürchtet, daß die Annahme der Dringlichkeit eine neue Rundgebung wäre, die die Dringlichkeit würde ferner dem Antrage Walbed-Rouffeau den Charakter eines Gelegenheitsgesetzes geben, und der Antrag selbst könnte

überdies auf die Kriegsgerichtsverhandlungen vom 12. d. M. nicht mehr angewendet werden. Möglicherweise wird der Antrag zielt nicht auf den Prozeß Picquart im Besonderen ab. (Mehrjährige Widerpruch.) Ministerpräsident Dupuy erinnert an seine früheren Erklärungen und wiederholt, daß es ihm scheint, als handle es sich um ein Gelegenheitsgesetz. (Beifall.) Bei der darauf vorgenommenen namentlichen Abstimmung über die Dringlichkeit wird letztere mit 129 gegen 122 Stimmen abgelehnt. Der Senat nahm darauf den Antrag auf Abschaffung der Öffentlichkeit bei Vollstreckung von Todesstrafen an.

## Die Botschaft Mac Kinley's.

Washington, 5. Dezember. In der Botenschaft des Präsidenten Mac Kintley, womit heute der Kongreß eröffnet wurde, heißt es u. A. Trotz der durch den Krieg erforderlich gewordenen Erhöhung der Lasten erreiche das Land sich eines sehr befriedigenden, ständig wachsenden Wohlstandes, der sich in dem Geschäftsumfang darthue, der den nachweislich höchsten Stand erreichte. Die von dem Kongreß angenommenen Einkommensgesetzgebung habe die Einnahmen des Staatsjahres bis zu dem vorher geschätzten Betrage erhöht. Der Krieg mit Spanien bilde den Hauptpunkt der Botenschaft. Der Präsident betont, daß es Spanien nicht gelungen sei, aus Cuba den Frieden herzustellen, und gedenkt der Zerstörung der „Maine“, während dieses Schiff sich in Ausführung einer internationalen Gütlichkeitsmission befand. Diese Katastrophe habe das Herz der Nation tief erregt, deren guten Sinn jedoch den plötzlichen verzweifelten Entschluß verhinderte, nicht länger das Bestehen einer Gefahr und Unterordnung zu dulden, sondern solche That möglich machen, und es dem Land einigab, das Ergebnis der Unterdrückung des Marinekrieges abzuwarten. Das Widerstreben, einen unnötigen Verlust an Menschenleben und Eigenthum zu verursachen, habe eine frühzeitige Erstürmung Manilas verhindert. Der Präsident gedenkt sodann der Behandlung, die Admiral Cervera Lieutenant Hobson zu Theil werden ließ, und bezeichnet dies als einen erfreulichen Vorfall. Nachdem der Präsident festgestellt hat, daß die Räumung Cubas nicht vom 1. Januar beendet sein könne, fügt er hinzu, er verleihe die Erörterung über die Frage der Verwaltung der neuen Besitzungen bis nach der Ratifikation des Friedensvertrages; inzwischen werde die gegenwärtige Militärverwaltung bestehen bleiben, bis Ruhe und eine ständige Verwaltung hergestellt seien. Der Präsident betont sodann die Nothwendigkeit, engere wechselseitige Handelsbeziehungen mit den Kubanern zu unterhalten, ihre Industrie zu ermitteln und ihnen beizustehen bei dem Bemühen, eine freie, unabhängige Regierung zu bilden, die im Stande ist, alle internationalen Verpflichtungen zu erfüllen und den Frieden unter allen Bewohnern der Insel zu fördern. In Betreff des Grenzstreits zwischen Chile und Argentinien bemerkt Mac Kintley, daß die Verhandlungen, die Angelegenheit eines Schiedsspruch der Königin von England zu unterbreiten, zum Abschluß gekommen seien. In der Botenschaft heißt es dann weiter, das amerikanische Volk habe dem Kaiser von Oesterreich aus Anlaß der Ermordung der Kaiserin seine Sympathie entgegen gebracht. Mit Bezugnahme auf die Tödtung und Verletzung österreichisch-ungarischer Staatsangehöriger in Vatinirien im September 1897, wofür Oesterreich-Ungarn unter der Annahme, daß die Tödtung und Verletzung einen nicht zu rechtfertigenden Mißbrauch der Amtsgewalt in sich geschlossen habe, Entschädigung verlangt habe, sagt Mac Kintley, der Kaiser und seine Beamten seien freigesprochen worden mit der Begründung, daß sie in Ausübung ihrer Pflicht gehandelt hätten. Auf Grund der Thatfachen, die in ihrem Besitze seien, hege die Regierung die Erwartung, zu einer Verständigung mit Oesterreich-Ungarn zu kommen, trotzdem Oesterreich seine Forderung auf Entschädigung nach Kenntniznahme des Ergebnisses des gerichtlichen Verfahrens erneuert habe. Sodann heißt es weiter, der Bericht der Nicaragua-Kommission werde in kurzer Zeit dem Kongreß unterbreitet werden. In Erwägung, daß eine Konfession von Seiten Nicaraguas und Costaricas an die Kanalgesellschaft besteht, und angesichts der mit dem vorausgesetzlichen Aufhören der bestehenden Verträge begründeten Anträge, welche von anderen Parteien hinsichtlich einer neuen Konfession gemacht seien, erklärt Mac Kintley, daß Erwägungen der Zweckmäßigkeit und der internationalen Politik mit Rücksicht auf die verhängen an dem Bau und der Verwaltung der interozeanischen Kanals interessirten Regierungen die Aufrechterhaltung des status quo erforderlich machten, bis die Kanalcommission ihren Bericht vorgelegt und der Kongreß endgiltig die ganze Angelegenheit erledigt habe. Der Präsident stellt anheim, die Aktion in der gegenwärtigen Session zu Ende zu bringen, denn der Bau des Kanals sei jetzt mehr denn je unausschießbar und seine Verwaltung durch die Vereinigten Staaten sei mehr denn je geboten. Die Botenschaft fährt fort, die Vereinigten Staaten seien ihren gleichgültiger Zuschauer bei den außerordentlichen Ereignissen in China geblieben, durch welche Theile von Chinas Seeprovinzen unter die Verwaltung verschiedener europäischer Mächte gekommen seien. Aber die Rechte der amerikanischen Staatsbürger und der Bedarf an Hauptprodukten Amerikas, der sich in jenen Gegenden herausgebildet habe, dürften nicht durch ausschließende Behandlung seitens der neuen Besitzer geschädigt werden; dies erparte dem Lande die Nothwendigkeit, handelnd aufzutreten. Die Stellung Amerikas unter den Nationen, die weite Küsten am stillen Ozean haben und beständig ihren direkten Handel nach dem fernen Orient ausüben, gebe ihm das Recht zu der Forderung, daß es in dieser Hinsicht berücksichtigt und freundlich behandelt werde. Es solle sein (des Präsidenten) Streben sein, die großen Interessen Amerikas in jener Gegend mit allen Mitteln zu wahren und zum Gegenstand der ständigen Politik der Regierung zu machen. Mit Bezug auf die Verpackung von Kaffeeplan, Weihaiwei, Port Arthur und Tientsin und mit Bezug auf die Verkündigung, daß diese Häfen dem internationalen Handel offen sein sollen, erklärt Mac Kintley, wenn keine unterschiedliche Behandlung der amerikanischen Staatsbürger und ihres Handels dort sich heraussstelle, so würde wohl

dem Wunsch der amerikanischen Regierung Genüge geschehen. Die Vostschaff empfiehlt die Ernennung eines Ausschußes, um die kommerziellen und industriellen Bedingungen Chinas zu studiren im Hinblick auf die Erweiterung des Marktes für die amerikanischen Rohprodukte und Fabrikate. Der amerikanische Gesandte sei angewiesen worden, allen etwa bedrohenden amerikanischen Interessen vollsten Schutz zu sichern. Im Tienfins seien Kriegsschiffe stationirt, um die dortigen Vorgänge im Auge zu behalten, eine Abtheilung Marinemannschaften sei nach Peking geschickt worden, um dem amerikanischen Gesandten denselben Schutz angedeihen zu lassen, wie ihn die anderen Nationen ihren Vertretern angedeihen lassen. Weiter heißt es dann, das Handelsabkommen mit Frankreich befreie einen Theil der amerikanischen Ausfuhrhandels von schweren Lasten. Die Verhandlungen mit den anderen Nationen schritten vor. Die darauf bezüglichen Verhandlungen mit Deutschland seien im Gange. Mittelweile werde keine Mühe gepart, um Deutschland zu überzeugen von der Grundsichtigkeit der Aussicht über die für die Ausfuhr bestimmten Schweineprodukte. Der Präsident vertraut, daß die wirksame Durchführung dieser Maßnahme des Landwirtschaftsdepartements als Garantie für die Gesundheit der Exports anerkannt werde. Man sei ferner bemüht, Deutschland und die Schweiz zu veranlassen, in der Absperrung gegen die Einfuhr getrockneter Früchte Erleichterungen eintreten zu lassen; denn nachweislich würden die Früchte unter Umständen getrocknet, welche die Griffig jedes Lebensweins unmöglich machten. Dann spricht die Vostschaff von den Beziehungen zu Großbritannien, die fortdauernd höchst freundlich seien. Eine günstige Lösung der schwebenden Unterhandlungen bezüglich Kanadas werde dem Präsidenten befördere Genugthuung gewähren. Mit Bezug auf den Vorschlag des Kaisers von Rußland zur Begrenzung der Küstungen sagt die Vostschaff, angesichts der Thatfache, daß die aktive Beherrschung der Vereinigten Staaten so beträchtlich kleiner als die jener Mächte, an die Kaiser Nikolaus seinen Aufruf gerichtet, sei die Frage für Amerika nicht von erheblicher praktischer Bedeutung, außer daß sie einen Gutes verheißenden Schritt auf dem Wege zur Besserung der wohlwollenden Beziehungen unter den Mächten bezeichne; indeß konnte es den Vereinigten Staaten zu, einem so wohlthätig wirkenden Plane ihre Unterstützung zu leihen. Die Vostschaff geht hiernach zur Besprechung der Finanzlage über. Sie theilt mit, daß die Einnahmen des abgelaufenen Rechnungsjahres einschließlich des durch den Verkauf der Pacific-Bahnen erzielten Betrages sich auf 405 321 335 Doll., die Ausgaben auf 443 368 582 Doll. beliefen. Am 1. December betrug der Bestand an gemitigtem Golde im Schatzkante 138 441 547 Doll., der Werth der Goldbarren belief sich auf 138 502 545 Doll., der der Silberbarren auf 93 358 250; an sonstigem Golde waren 451 963 981 Doll. vorhanden. Die Vorkehrungen zur Stärkung des Hülfesquellen des Schatzkants im Zusammenhang mit dem Kriege hätten erhöhtes Vertrauen zu dem Vorkaz und der Vollmacht der Regierung geschaffen, die gegenwärtige Währung aufrecht zu erhalten und der nationalen Kredit fester begründet, was an dem Einstieken von Gold in das Schatzkante zu erkennen sei. Der Präsident empfiehlt aufs neue, Noten der Vereinigten Staaten, die zur Einföhlung in Gold eingekurd werden, bei Seite zu legen und solche Noten nur gegen Gold weiter auszugeben. Dies schäfe indeß nicht ein, daß keine anderweitige Gesetzgebung über den Geldumlauf nöthig sei. Im Gegentheil sei allgemein die Wichtigkeit geeigneter Maßnahmen anerkannt, um der Zukunft der Vereinigten Staaten eine Währung zu sichern, die in dem Verhältnisse wie die gegenwärtige zu der Währung der Handelsrisiken der Union stehe. Danach bepricht die Vostschaff die Einkrlebung von Hanai. Sie empfiehlt die Einrichtung einer regelmäzigen, oft fahrenden Dampferverbindung mit den verschiedenen neuerdings erworbenen Inseln. Sie betont schließlich nachdrücklich die Wichtigkeit einer rändigen Vermehrung des Heeres und billigt die hierauf bezüglichen Vorschläge des Kriegsssekretärs Alger ebenso wie den vom Marinesekretär Long bewürworteten Bau von 3 neuen Schlachtschiffen und 12 Kreuzern.

Aus dem Reiche.

**Prinz Albrecht**, der am Freitag Abend von Schloß Starnitz in Berlin eintraf, hat sich gestern nach Braunschweig zum Winteraufenthalte begeben. Dem Vernehmen nach wird der Prinz Ende Januar wieder nach Berlin kommen, um an der Feier des Geburtstages des Kaisers theilzunehmen und ein Kapitel des Johanniterordens abzuhalten. — Der fernere ärztliche Bericht über das Befinden der **Prinzessin Friedrich** von Württemberg von gestern Abend 5 Uhr lautet: Der Zustand hat sich nicht gebessert. Erste Befürchtungen nicht ausgeschlossen. — **Prinz Waldemar**, der am 20. März 1889 geborene älteste Sohn des Prinzen Heinrich, ist in Kiel an einer Halsentzündung erkrankt. Da die Prinzessin Heinrich auf der Reise nach Kautschkau zum Besuche ihres Gemahls sich befindet, so ist die Prinzessin von Wattenberg zur Pflege des Patienten in Kiel eingetroffen. — Der Reichstagsabgeordnete **Dr. Freiherr von Hertling** hat einen Ruf an die Universität Bonn unter glänzenden Bedingungen erhalten. — Die „**Wamb. Nachr.**“ enthalten eine Korrespondenz aus Stuttgart, welche die Angaben der Blätter über das von der Cottaschen Verlagsbuchhandlung für die **Bismarckschen Memoiren** gezahlte Honorar als übertrieben bezeichnet. Es sei pro Band nur ein Honorar von 100 000 Mark stipulirt worden, und zwar ein für allemal, sobald alle veröffentlichten Ergebnisse aus Uebersetzungen und späteren Auflagen einschließlich und ohne Einschränkung dem Verlage vorbehalten blieben. — In Posen beschloß die vereinigte Kommission zur Ausführung der Kanalisation und des Hochwasserbuhwes, zur Vollendung des Schlachthofes und zur Erweiterung der Gasanstalt eine **sechs Millionen-Anleihe**. — Die Regierung zu Rudolfsstadt überreichte dem Landtag die Vorlage, betreffend anderweite Regelung der **Vereinsgesetzgebung**. — Mit Genehmigung des Ministeriums hat die Generaldirektion der bayerischen Staatsbahnen über die **Errichtung von Arbeiter-ansiedlungen** für die im Taubeln beschättigten

ständigen Arbeiter des Betriebs- und Bahnunterhaltungsdienstes die Vollzugsbestimmungen erteilen. Nach den allgemein vorausgesetzten Erklärungen sollen die Arbeiterausschüsse die Möglichkeit schaffen, die Oberbahnmeister über die Wünsche und Anliegen der Arbeiter durch die von diesen selbst gewählten Vertrauensmänner unmittelbar zu unterrichten und im Wege geordneter Verbänden eine Verknüpfung über alle Arbeiter-Angelegenheiten allgemeiner Art herbeizuführen.

Deutschland.

**Berlin** 6. Dezember. Die mehrfach erwähnte Kassersee in Bethlehem wird den „Reichshoten“ von Pastor Schneller in Köln, der ihren Wortschatz in Bethlehem fixirt hat, mitgetheilt. Die Ansprache, welche lediglich an die im Orient wirkenden evangelischen Geistlichen gehalten wurde, hat folgenden Wortlaut:

„Wenn ich die Eindrücke dieser letzten Tage wiedergeben soll, so muß ich sagen, daß ich doch vor Allem sehr enttäuscht bin. Ich wollte das eigentlich hier nicht aussprechen. Aber nachdenklich gehört, daß es auch Anderen, z. B. meinem Oberhofprediger, nicht anders ergangen ist. Ich will ich das doch vor Ihnen nicht zurückstellen. Es mag ja auch sein, daß die sehr ungünstige Infahrt zur Stadt Jerusalem mit dazu beigetragen hat. Aber wenn man diese Zustände an den heiligen Stätten sieht, wie es da zugeht, das kann einem das Herz durchschneiden. Es ist doch eine gewaltige Thatfache, an deren Schauplatz wir stehen, die Emanation der Liebe des Schöpfers und wie wenig entspricht dem das, was wir sehen haben! Ich bin darum doppelt froh, hier in Bethlehem den ersten erhebenden Eindruck in heiligen Lande durch die Feier in Ihrer Mitte empfangen zu haben. Gerade dies Beispiel von Jerusalem mahnt uns dringend, daß wir die eigenen Abtheilungen bei unserer Konfession möglichst zurückstellen, und daß ganz fest geschlossen hier im Orient die evangelische Kirche und das evangelische Bekenntniß aufträte. Sonst können wir nichts machen. Wir können nur durch das Beispiel wirken, durch das Vorbild und den Beweis, daß das Evangelium ein Evangelium der Liebe ist nach allen Himmelsrichtungen hin, und daß es andere Früchte trägt. Auf die Muhamebaner kann nur das Leben der Christen Eindruck machen. Das kann ihnen kein Mensch übel nehmen, wenn sie vor dem christlichen Namen keine Achtung haben. Stillschalten sie sich, sie müssen sogar durch äußere Gewalt der Waffen von den Streitigkeiten zurückgehalten werden. Politisch reißt man unter allen möglichen Vorprüfungen ein Stück nach dem andern von ihnen weg, wozu man gar keine Berechtigung hat, so daß ihre Einwirkung vollständig geunten ist und man auf dies tiefe Niveau heruntergekommen ist. Jetzt sind wir an die Reihe gekommen. Das deutsche Reich und der deutsche Name haben im ganzen osmanischen Reiche jetzt ein Ansehen gewonnen, wie es noch nie gewesen ist. An uns liegt es nun, zu zeigen, was die christliche Religion eigentlich ist, daß die Ausübung der christlichen Liebe auch gegen die Muhamebaner einfach unsere Pflicht ist, nicht durch Dognen und Bekämpfungsversuche, lediglich durch das Beispiel. Der Muhamebaner ist ein sehr glaubensfröhlicher Mensch, so daß es mit dem Predigen allein nicht gemacht ist. Aber unsere Kultur, unsere Ansichten, das Leben, das wir ihnen vorleben, die Art unseres Verkehrs mit ihnen, der Beweis, daß wir unter einander einig sind, darauf kommt es an. Es ist jetzt eine Art Examen, das wir abzulegen haben für unseren protestantischen Glauben und unser Bekenntniß, worin wir ihnen den Beweis geben müssen, was Christenthum ist, und wodurch sie ein Interesse für unsere Religion und für das christliche Bekenntniß gewinnen können. Sorgen Sie, daß es so bleibe!“

— Die „Allg. Meißner-Ztg.“ stellt gegenüber den agrarischen Behauptungen, daß die Viehhändler fast ausnahmslos aus dem Auslande eingeschleppt werden, fest, daß die Maul- und Klauenseuche in Dresden auf Obenburger Vieh zurückzuführen ist, die in München nur auf bairisches Vieh, die in Düsseldorf auf Vieh aus einer nahe bei Düsseldorf gelegenen Ortschaft, die in Dortmund auf inländisches Vieh, dessen Herkunftsort nicht näher angegeben wird; die Sendefälle in Köln rühren von Ochsen aus der Gifel- und der Wabbeburger Gegend und von einer Stute aus Brauweiler bei Köln her.

— Wieder einmal, wie schon so oft, wird aus London eine Annäherung zwischen Rußland und England angekündigt. Diesmal als Folge und sogar als eigentlicher Zweck des Fajshoda-Zwischenfalles. Die Initiative zu einem modus vivendi soll diesmal von Rußland ausgehen; es wird in dieser Beziehung berichtet: „Der in der letzten Woche stattgehabte Besuch des Großfürsten Sergius und seiner Gemahlin bei der königin Viktoria in Windsor trug zwar hauptsächlich den Charakter eines Familienbesuchs, immerhin wurde aber der Anlaß zu einem intimen politischen Meinungsaustausche ergriffen. Man berichtet, daß die königin Lord Salisbury beauftragt habe, seine erste Aufmerksamkeit der Frage zu widmen, ob sich in gewissen, nicht offiziellen Versicherungen des Großfürsten eine Basis für eine freundliche Verständigung mit Rußland betreffs Chinas finden ließe. In Folge dessen lud Lord Salisbury den russischen Botschafter Herrn von Staal ein, einige Tage bei ihm auf seinem Landgute in Staffeld zu verbringen. Ob die zweitägigen Besprechungen zwischen den beiden Staatsmännern zu einer Einigung geführt haben, darüber ist noch nichts Positives bekannt, immerhin ist man in gewöhnlich gut informierten Kreisen zu der Annahme geneigt, daß die Chancen für eine Verständigung bedeutend gewachsen seien. Der am 28. v. M. abgehaltene Ministerrath wird mit den vertraulichen Verhandlungen zwischen Lord Salisbury und Herrn von Staal in Zusammenhang gebracht.“ Da der Abrüstungsvorschlag von russischer Seite ausging, und da auch zwischen Rußland und Oesterreich ein wenigstens vorläufiger modus vivendi auf der Balkanhalbinsel zu Stande gekommen ist, so erscheint die Möglichkeit, daß ein gleicher Versuch mit England hinsichtlich Ostasiens gemacht werde, keineswegs ausgeschlossen.

**Oesterreich-Ungarn.**

Wien, 5. Dezember. Das morgen einzubringende österreichische Budget wird einen Ueberschuss von 470 000 Gulden gegen 448 000 Gulden

im laufenden Budget aufweisen. Auf Ausgab  
einer „Nüßungsrente“ wird abermals verzichtet;  
die Zucksteuer ist zu dem alten Sage, also  
13 Gulden per Meterzentner, eingestellt. Das  
Nettnerforderniß im Investitionsbudget bleibt  
unter 30 Millionen; für die Tauernbahn ist darin  
nichts enthalten.

Frankreich.

**Paris**, 5. Dezember. Die Friedens-Kommission tagte heute von 3 bis 7¼ Uhr und einigte sich über die Konferenzen der sechs ersten bereits vorher angenommenen Artikel hinsichtlich der Verhältnisse der auf Suda, Portorico und den Philippinen verbleibenden spanischen Staatsangehörigen, hinsichtlich kommerzieller Fragen u. s. w. Die Verhandlungen nahmen heute ziemlich raschen Fortgang; es ist möglich, daß sie am Schluß der Woche beendigt werden. Die Kommission wird morgen wieder tagen.

**Toulon**, 5. Dezember. Bei einem zu Ehren der Marinebehörden veranstalteten Bankett hielt der Geschwaderchef Admiral Journer eine Rede, in welcher er sagte, es sei angebracht, die von der französischen Marine beobachtete Ruhe mit dem kriegerischen Gebahren gewisser Gegner zu vergleichen. Sein Geschwader sei heute kampfbereit und könne mit Vertrauen die Ereignisse erwarten; daffelbe werde, ohne nachzulassen, fortfahren sich vorzubereiten, um die Laft seiner Gegner zu vereiteln, was durchaus nicht unmöglich sei, trotz jener Redner, welche allzu geneigt seien, das Fell des Bären zu verkaufen, bevor sie ihn erlegt haben.

## Italien.

**Rom, 5. Dezember.** Deputirtenkammer. Bei der Beratung über ein Darlehen von einer Million Lire für die provisorische Verwaltung Kretas erwirbt Canebaro auf die Ausführungen verschiedener Redner, trotz seines bescheidenen Inhaltes Ziele der Gesekentwurf darauf hin, die Interessen Italiens am Mitteländischen Meere zu wahren. Es sei ein Irrthum, zu behaupten, daß dieser Gesekentwurf nur einen scheinbaren Sieg Italiens und dagegen einen wirklichen Sieg Rußlands bedeute; es handle sich hier nur um den Sieg der Zivilisation, vertreten durch die vier Seemächte, welche im vollsten Grade vornehmen und mit gewissenhaftester Loyalität vorgegangen seien. (Beifall.) Die Kandidatur des Prinzen Georg sei allerdings von Rußland vorgeschlagen gewesen, aber freimüthig von den übrigen Mächten angenommen worden, welche diese Kandidatur als die glücklichste betrachteten, da sie wußten, daß sie von den Christen im Innern Kretas gebilligt werden würde, und dieses letztere sei das Ziel gewesen, das die Mächte sich vorgesetzt hätten. Der Minister des Auswärtigen Canebaro schließt seine Ausführungen mit der Versicherung, Italien habe sich weder auf Kreta noch irgendwo anders von dem Dreibund getrennt. „Wir unterhalten“, sagt Canebaro, „zu unseren Verbindenden die besten Beziehungen. Wenn Oesterreich und Deutschland glauben, in dieser Angelegenheit einen abweichenden Weg einschlagen zu sollen, so geschähe es wegen ihrer besonderen Interessen, welche keineswegs die Herlichkeit der internationalen Beziehungen berühren.“ (Sehr gut, Bravo!) Die Kammer genehmigte darauf mit 160 gegen 45 Stimmen das Darlehen für Kreta.

## Arbeiterbewegung.

In **Berlin** ist ein Theil der Tagelohnempfänger in den Ausstand getreten wegen angeblich zu niedriger Löhne. Zu diesem Ausstand nahmen die Droßknechte Stellung. Sie bestritten die Angaben der Kutscher hinsichtlich der niedrigen Löhne und beschloßen, dahingehende statistische Ermittlungen anzustellen und das Resultat den zuständigen Behörden zu unterbreiten. Weiterhin beschloß man Folgendes: „Der Lohn wird auf 1 Mark und 25 Prozent der Tageseinnahme festgesetzt; übersteigt die Einnahme 10 Mark, so erfolgt eine besondere Zulage von 50 Pfennig. Die Verammelten erklären hiermit, keinen Kutscher in den Dienst nehmen zu wollen, der des Ausstandes halber den alten Posten verlassen hat.“ — In **Krefeld** greift die Ausstandsbewegung immer weiter um sich. Nunmehr sind auch 300 Arbeiter der Sammetfabrik von Geling u. Co. ausständig. Wie die „Köln. Ztg.“ mittheilt, treten die sämtlichen dortigen Sammetfabrikanten zur Regelung der Lohnfrage zusammen.

Stettiner Nachrichten.

\* **Stettin**, 6. Dezember. Der Ausschuß der Invaliditäts- und Altersversicherungssanstalt Vommern hielt heute Mittag im Landhause hieselbst eine Sitzung ab. Dieselbe wurde einige Minuten nach 12 Uhr durch den Vorsitzenden Graf Dehnbach eröffnet, die Feststellung der Präsenzliste ergab, daß nur ein Ausschußmitglied fehlte. Von dem Verwaltungsrath für 1897 und von den Mittheilungen über die Ergebnisse der Verwaltung seit dem 1. Januar 1898 nimmt der Ausschuß Kenntniß, nachdem Herr Landestath Dehnbach einige Erläuterungen dazu gegeben. Die Ergänzung von Beisitzern und Hüfsbeisitzern für die Schiedsgerichte erfolgt unter Annahme der vom Vorstand gemachten Vorschläge durch Zufall. Ueber die Abnahme der Jahresrechnung durch die dazu eingesetzte Kommission berichtet Herr von Braunshweig-Moltow und erhebt der Ausschuß die nachgesuchte Entlastung. Zur Vorprüfung der Jahresrechnung für 1898 werden die bisherigen drei Mitglieder nebst je zwei Ergänzungsmännern wiedergewählt. Ueber die bisherigen Ergebnisse der Nachprüfung von Renteneupfangs-Berechtigungen im Kreise Dramburg berichtet Herr Landestath Dehnbach. In 45 Fällen ist das Renteneupfangsverfahren eingeleitet worden, die Kosten sind im Vergleich mit dem erzielten Erfolge nicht sehr bedeutend, jedoch insbesondere auch in Ansehung des moralischen Effectes das allgemeine Ergebnis als ein günstiges zu bezeichnen ist. Herr Landestath Scheuemann referirt über die Unterstützung von Gemeindepflegernstellen aus Mitteln der Anstalt. Es liegt dazu ein Antrag des Vorstandes vor: Für jede fällige Hilfsende oder bedienstete Diakonisation wird eine Beihilfe von 100 Mark für jedes Schöner für ein Geschäftsjahr.



